

Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Dr. Peter Reinirkens zum Haushalt der Stadt Bochum 2013 in der Sitzung des Rates am 14. Februar 2013

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, wir haben Mitte 2011 bis zum Frühjahr des letzten Jahres den Haushalt der Stadt mit einer wohl einmaligen Intensität beraten. Die zeitliche Beanspruchung, Sie erinnern sich, war extrem. Neu waren damals die Beteiligung der Kommunalaufsicht und der Öffentlichkeit an den Vorberatungen. Die Stichworte sind Beratungskoope-ration und Bürgerforum. Aber die Mühe hat sich gelohnt. Es ist uns gelungen, in einen Prozess der Haushaltskonsolidierung einzutreten, der den Haushalt dieser Stadt - Zug um Zug - strukturell um 163 Mio. Euro entlastet. Das ist ein ganz großer Schritt in Richtung konsolidierte Stadtfinanzen. Wir haben damals verabredet, diesen Prozess hinsichtlich seiner Auswirkungen in den nachfolgenden Etatberatungen kritisch zu begleiten. Das haben wir in den Beratungen zum Etat 2013 auch getan und erste inhaltliche Veränderungen vorgenommen. Weitere werden nötig sein. Trotzdem bleibt unsere vordringliche Aufgabe, den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent weiter zu verfolgen.

Notwendige **Korrekturen**, wie zum Beispiel:

- der Verzicht auf die Bettensteuer
- der Verzicht auf eine Rekommunalisierung des Schauspielhauses
- Anpassungen der Geschwindigkeiten zur Umsetzung einzelner Maßnahmen, aber auch
- kritische Bewertungen zu Auswirkungen bereits beschlossener Maßnahmen

sind sinnvoll, wenn man neue Erkenntnisse gewonnen hat. Ein gewisses Maß an Flexibilität muss also sein: Wir müssen uns vorbehalten, im Laufe der Zeit

- Maßnahmen neu zu bewerten, wo es nötig ist,
- Maßnahmen zu forcieren, wo es möglich ist,
- Maßnahmen zu ersetzen, die sich als unzumutbar für die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger erweisen.

Wir stellen uns dieser schwierigen Aufgabe, nicht zuletzt weil das Einsparziel unverrückbar notwendig ist.

Für den Etat 2013 belief sich der Korrekturbedarf auf 7,4 Mio. Euro. Das entspricht nicht einmal 5 Prozent der Gesamtsumme. In diesem Rahmen ist und war es möglich, andere Einsparmöglichkeiten zu identifizieren und als Kompensationen für die nicht zu realisierenden Maßnahmen zu finden.

Ich will auf einen Punkt eingehen: auf die Mittel für den **Brandschutz** in Schulen! Es gilt: Jede Schule in Bochum entspricht bis ins Kleinste den Vorschriften zum Brandschutz. An der Sicherheit wird nicht gespart. Mit der Kürzung um 1,2 Mio. Euro auf 10 Mio. Euro jährlich haben wir uns auf einen Betrag verständigt, der innerhalb eines Jahres auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Und das bis 2022. In der Summe sind das rund 100 Mio. Euro, die jetzt für diese Aufgabe zur Verfügung stehen.

An dieser Stelle sei ein Blick auf die aktuellen Zahlen zu den Stadtfinanzen gestattet: Die Entwicklung der Schulden und die damit einhergehende Aufzehrung des Eigenkapitals, werden durch die eingeleiteten Maßnahmen abgebremsst, aber keineswegs gestoppt.

- Beruhigend ist, dass am Ende des Konsolidierungszeitraumes noch Eigenkapital in Höhe von knapp 550 Mio. Euro vorhanden ist.
- Aufregend ist, dass dann innerhalb von 14 Jahren (2009 - 2022) etwa eine Milliarde verbraucht worden ist.

Meine Damen und Herren,
daran wird sehr deutlich, dass wir uns als Kommune aus dieser Schuldenfalle nicht alleine befreien können. Die Forderung nach **soliden Finanzierungen** der Kommunen steht seit langem im Raum. Aus der Sicht einer Ruhrgebietskommune, die ständig neue Formen des Strukturwandels durchmacht und sich verantwortungsvoll den sozialen Problemen in ihrer Stadt stellt, gleichzeitig Entwicklungsperspektiven erarbeitet, muss diese Forderung mit maximaler Lautstärke Bund und Land – immer wieder und immer wieder - vorgetragen werden. Ich sage sehr deutlich:

An die Adresse des Landes: Stärkungspakt Kommunalfinanzen ja! Abundanz-Umlage NEIN!

An die Adresse des Bundes: Wir haben hohe Erwartungen an den Fiskalpakt, ich komme darauf zurück.

Meine Damen und Herren,
vor diesem Hintergrund und dem, was wir im letzten Jahr an Vorarbeiten geleistet und uns selber an Haushaltsdisziplin verordnet haben, waren die Beratungen für den **Etat 2013** wohltuend unspektakulär. Die Koalition hielt es lediglich an zwei Punkten für notwendig, den **Entwurf zu ändern**: Wir brauchen dringend drei neue Mensen und wollen damit den Ausbau der Übermittagsbetreuung an Gymnasien endlich substantiell voranbringen. Immerhin macht der erste G8-Jahrgang in diesem Jahr bereits Abitur! Und wir wollen den Ausbau der U3-Betreuungsplätze auf einen realistischen, den Bedarfen entsprechenden Ausbaustand bringen und stellen auch dafür mehr Mittel zu Verfügung.

Es gab im Vorfeld unserer Beratungen manche erstaunlich optimistische Einschätzung zur Finanzsituation. Ich teile sie nicht. Sie gründen sich ausschließlich auf deutlich besseren Jahresabschlüssen als geplant. Die tatsächlichen Zahlen sprechen eine andere Sprache. Es bleiben trotzdem sehr hohe Defizite.

Die CDU-Fraktion hat das offensichtlich dermaßen beflügelt, dass sie gleich fünfzehn Anträge auf den Tisch legte, und zwar mit einem erheblichen zusätzlichen investivem Finanzbedarf: in erster Linie für den Straßenverkehr.

Zwei Anmerkungen dazu:

Erstens stimme ich absolut nicht in den Jubel derjenigen mit ein, die die aktuelle Etatsituation zum Anlass nehmen, über neue gewaltige Ausgaben nachzudenken. Zweitens muss man, wenn wenig Geld da ist, Prioritäten setzen. Und ich sage deutlich: Unsere Prioritäten sind andere. Wir vernachlässigen keineswegs die verkehrliche Infrastruktur, wie an den vielen Baustellen im Jahr zu erkennen sein wird, aber 2013 haben die Kinderbetreuung und die Schulen höchste Priorität.

Ich sehe uns weiterhin in der Verantwortung, uns kritisch mit den Ausgaben auseinanderzusetzen und äußerst sparsam zu sein.

Die aktuelle Finanzlage lässt für uns allerdings den Schluss zu, dass die Verwaltung in der Lage sein müsste, dem Rat einen **Haushaltsentwurf 2014** zu präsentieren, der bereits 2021 strukturell ausgeglichen ist - also ein Jahr früher als geplant! Die - gegenüber den Planungen - verbesserten Jahresabschlüsse in 2010 und 2011 und der voraussichtlich günstig ausfallende Abschluss für 2012, so wie er sich im Budgetbericht abzeichnet, zeigen, dass dies eine realistische Erwartung ist. Wenn dann noch Planungen und Ist näher zusammenrücken, müsste das gelingen.

Eine nachhaltige Gesundung der **kommunalen Haushalte** werden wir in absehbarer Zeit allerdings nicht erleben. Die Städte sind weiterhin strukturell unterfinanziert. Daran ändern auch die gestiegenen Steuereinnahmen nichts. Sie verlangsamen lediglich das weitere Abdriften in eine noch größere Verschuldung. Wie gesagt: Lösungen zum Entgegenwirken der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen lassen weiterhin auf sich warten.

Ich will nicht verschweigen, dass es durchaus **Lichtblicke** gibt. Dazu gehört das Verhandlungsergebnis zum Fiskalpakt. In der nächsten Legislaturperiode - leider erst dann - will der Bund bei der Eingliederungshilfe anteilig Kosten übernehmen. Zurzeit geben Länder und Kommunen dafür 13 Mrd. Euro aus. In Bochum sieht der Etat 2013 für diese Leistung 2,3 Mio. Euro vor, die eigentlich vom Bund zu tragen sind.

Außerdem wird die Erstattung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgezogen. Die Kommunen müssen nicht mehr in Vorleistung treten. Und es ist jetzt gesetzlich geregelt, dass der Bund ab 2014 die Kosten zu 100 Prozent übernimmt. Diese Zugeständnisse im Rahmen des Fiskalpaktes verdanken wir vor allem der SPD-Bundestagsfraktion!

Lichtblicke erzeugen leider auch **Schattenseiten**: Sorge bereitet mir das Streichkonzert der Bundesregierung bei der Städtebauförderung. In dem gleichen Maße, in dem das Problem der räumlichen Konzentration von Benachteiligungen in den Städten wächst, verringert der Bund die Mittel für Gegenmaßnahmen. Ganze 40 Mio. Euro bleiben 2013 noch für das Programm Soziale Stadt. Das ist beschämend. Wir brauchen diese Förderprogramme. *“Gerade in benachteiligten Stadtteilen ist es wichtig für mehr Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit zu sorgen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern,”* sagte Herr Ramsauer und sparte die Mittel ein. Mit Blick auf die für 2015 vorgesehenen Maßnahmen für Wattenscheid-Mitte ist das völlig unverständlich.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,
die Umsetzung des eingeschlagenen Sparkurses ist sicher eine wichtige Aufgabe. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir auch viel Geld ausgeben. Der **Haushalt 2013** hat immerhin ein Volumen von 1,2 Mrd. Euro. Damit lässt sich viel erreichen. **Ich verbinde damit ein Arbeitsprogramm für Politik und Verwaltung und nenne 10 Punkte, die uns besonders wichtig sind:**

1. Sozialbericht Bochum 2012:

Fachübergreifende Konsequenzen für die Stadtentwicklung

Vor eine umfassende Aufgabe stellen uns die Erkenntnisse, die wir aus dem Sozialbericht der Stadt ziehen können. Wie steht es um die Lebensqualität in den Stadtteilen? Wie ist es um die Versorgung mit sozialer Infrastruktur in den Quartieren bestellt? Nur zwei der Fragen, die die Problemlagen offensichtlich machen. Sie erfordern eine differenzierte Betrachtung in allen Bereichen und eine Stadtplanung, die sich genau daran orientiert.

2. Ausbau der U3 Plätze:

40 Prozent Bedarfsdeckung in 2015

Nicht von ungefähr werden wie die U3 Plätze konsequent weiter ausbauen. Wir sind auf bestem Wege, die Vorgaben für 2013 zu erreichen. Der Rechtsanspruch besteht für jedes, ich betone jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr, nicht für 32 und nicht für 35 Prozent. Bund und Land haben zusätzliche Mittel bereitgestellt und wir wollen alles tun, um die Versorgungsquote in Bochum möglichst auf 40 Prozent zu erhöhen und dabei die besonderen Erfordernisse der Stadtteile berücksichtigen. Mit dem Antrag der Koalition im Jugendhilfeausschuss beginnt diese Schwerpunktsetzung 2013.

3. Übermittagsbetreuung an Schulen:

Bau von drei weiteren Mensen

Wir haben mit der Schulentwicklungsplanung wichtige Schritte in Richtung zukunftsfähige Schullandschaft eingeschlagen. Wir wollen keinesfalls Schulstrukturen zerstören, sondern die Angebote in Bochum pädagogisch noch leistungsfähiger machen und das mit ausreichendem Raum auch für angemessene Klassengrößen und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Schulprofile.

Dazu zählt der Investitionsschwerpunkt 2013 für den Bau von drei neuen Mensen 3 Mio. Euro in den Etat einzustellen. Die zunehmende Beanspruchung der Kinder an den Nachmittagen im Zuge des G8-Abiturs erfordert, dass wir die Übermittagbetreuung zügig ausbauen. Wir freuen uns, dass alle Fraktionen des Rates unserem Antrag gefolgt sind.

Inhaltlich ist mir in 2013 das Übergangsmanagement Schule Beruf besonders wichtig. Wenn man zum Beispiel bedenkt, dass im Bundesdurchschnitt 23 % aller Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst werden und immer noch mehr als ein Drittel aller Studiengänge vorzeitig abgebrochen werden, dann mag es dafür vielschichtige Gründe geben, aber einer davon ist auch die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Wir werden uns mit den Ursachen befassen. Meine Damen und Herren, der Wettbewerb um die besten „Köpfe“ hat längst begonnen.

4. *Ausbau der familiengerechten Infrastruktur: Zertifikat „Bochum - familienfreundliche Stadt“*

Wir wollen außerdem, dass die vom Rat beschlossene Zertifizierung „Bochum - familienfreundliche Stadt“ als Ziel konsequent verfolgt wird und wir am Ende des ersten von vier Jahren konkrete Schritte umgesetzt oder eingeleitet haben. Hier stehen ebenfalls alle Fachbereiche in der Verpflichtung, sich dieser Querschnittsaufgabe zu stellen und quartiersbezogene Lösungen zu erarbeiten. Wenn aus dieser Initiative tatsächlich ein Standortvorteil für Bochum erwachsen soll, verbinde ich mit dem Ratsbeschluss einen - sehr anspruchsvollen - Arbeitsauftrag an uns alle.

5. *Inklusive Gesellschaft: Handlungsrahmen für Bochum*

In dieses Arbeitsprogramm passen dann konkrete Überlegungen zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention. Die Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe von behinderten und nicht-behinderten Menschen (**Inklusion**) bezieht sich nicht nur auf gemeinsamen Unterricht in allen Schulen, sie umfasst ebenso alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Bund und Land haben jeweils Inklusionspläne fertiggestellt. Die sind ohne die Kommunen nicht umzusetzen. Ich bin sehr gespannt welche finanziellen Möglichkeiten den Kommunen dafür zur Verfügung gestellt werden. Danach werden wir auch für Bochum einen Handlungsrahmen festlegen. Ich will aber auch dazu sagen, dass wir die Wahrung des Konnexitätsprinzips dabei fest im Auge behalten.

6 *Wirtschaftsförderung: Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung*

Der Sozialbericht zeigt uns auch die Unterschiede bezüglich der Beschäftigungssituation in Bochum auf. Ich möchte sicherstellen, dass wir von städtischer Seite aus alles tun, damit Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Das heißt konkret: Wir brauchen ausreichende Industrie- und Gewerbeflächen, wo nötig auch zusätzlich, um industrielle Produktion in Bochum weiter möglich zu machen. Klare Vorstellungen, die über das Planungsrecht ausgestaltet werden können, sind ein probates kommunales Instrument dazu.

Mit Blick auf die Situation bei Opel ist das umso notwendiger. Auch dürfen wir Chancen, die sich aus dieser beklemmenden Situation möglicherweise für wirtschaftliche Perspektiven ergeben, nicht verspielen.

In diesen Kontext gehört auch endlich eine Entscheidung um eine veränderte Aufstellung und Neuorganisation der Wirtschaftsförderung und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für diese Aufgabe.

Wir müssen uns aber auch nicht verstecken auf diesem Gebiet. Ich erinnere an den erfolgreichen Umgang mit vergangenen Krisensituationen. Bochum hat so manchen herben Verlust an industriellen Arbeitsplätzen verkraften müssen.

- Mit dem Ergebnis, dass die Arbeitslosenquote im Vergleich zu Nachbarstädten geringer ist.
- Mit dem Ergebnis, dass der Mittelstand wächst.
- Mit dem Ergebnis, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen wie Energie-Umwelt-Abfallwirtschaft und vor allem Gesundheitswirtschaft ansteigt.

Meine Damen und Herren, das sind die Erfolge der bisherigen Bochumer Wirtschaftsförderung, die die richtigen Strategien entwickelt hat.

7. Investitionsplanung:

Investieren in Kitas, Schulen, Verkehr, Sport, Kultur ...

Ich möchte sicherstellen, dass wir am Ende des Jahres einen deutlichen Fortschritt bei den geplanten Investitionen sehen: Dazu gehören nicht nur die großen Projekte (Musikzentrum, der Bahnhof Gesundheitscampus, die Oskar-Hoffmann-Straße, Herner Straße und Ortsumgehung Günnigfeld, die Brücken Buseloh und Lohring, neue Kitas oder Sportanlagen an der Glücksburger- und Kemnader Straße, die Sanierung der Hans-Böckler-Realschule) sondern auch die konsequente Erneuerung der Straßenbeleuchtung mit Energiesparlampen und die zahlreichen Maßnahmen aus den Sanierungsprogrammen, für die immerhin knapp 90 Mio. Euro bereitstehen. Sie müssen abgearbeitet werden. Übrigens fließt über die Hälfte dieses Betrages in die Schulsanierung.

8. Modernes Mobilitätsmanagement:

Fußgänger- und Fahrradfreundliche Stadt

Unter dem Stichwort Mobilitätsmanagement wollen wir die „Fußgänger- und Fahrradfreundlichkeit“ der Stadt verbessern. Mehr Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger, ein optimiertes Radwegenetz, die Verknüpfung von ÖPNV-Nutzung und Radfahren spielen dabei eine Rolle. Bochum soll Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte werden. Dazu ist eine Reihe von Maßnahmen unverzüglich umzusetzen, die zu spürbaren Verbesserungen führen (Lückenschlüsse).

**9. Gebühren / Bestattungsgebühren:
Gebührenstabilisierung bzw. -senkung**

Uns wird sicher auch das Thema Gebühren beschäftigen. Ein erster Antrag der Koalition liegt Ihnen heute vor. Im Idealfall decken die Gebühren die anfallenden Kosten und schonen den städtischen Etat. Im Idealfall schonen sie auch den Gebührenzahler. Der Idealfall ist im Augenblick nicht das, was in Bochum praktiziert wird.

Wir haben uns anhand der Friedhofsgebühren die Frage gestellt: An welchen Stellen lässt sich der Automatismus von "Kostensteigerungen gleich Gebührensteigerungen" unterbrechen. Dabei fallen in der Gebührenrechnung Kosten auf, die es zu hinterfragen gilt. Dabei ist die Organisation von Arbeitsabläufen unter die Lupe zu nehmen, ebenso wie bestehende Standards. Unsere Ziele sind dabei Kostenreduktionen und eine echte Vergleichbarkeit der Gebühren in Bochum mit anderen Städten.

**10. Wirkungsorientierter Haushalt:
Erste Erfahrungen mit Pilotbereichen**

Damit komme zu letzten Punkt und auf den Haushalt bzw. das Haushaltsverfahren zurück. Im „verflixten“ siebten Jahr der Einführung und Benutzung von NKF sind die Umstellungen immer noch nicht vollständig erfolgt. Zu viele Fragen blieben während der Beratungen im Fachausschuss offen. Angesichts der erheblichen Defizite ist es dringend erforderlich, dass der Rat über bessere Steuerungsmöglichkeiten – auch unterjährig – verfügt. Deshalb bin ich erleichtert, dass wir in diesem Jahr zumindest den Einstieg in den wirkungsorientierten Haushalt schaffen. Wir nähern uns also dem Ziel, dass die Verwaltung den Etat an den politischen Zielvorstellungen orientiert, und nicht Politik, sich dem fertigen Zahlenwerk unterwirft. Unter diesen neuen Vorzeichen sehe ich den Etatberatungen 2014 mit Interesse entgegen.

Dem Etat 2013 wird die SPD-Fraktion zustimmen.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Unterstützung im Beratungsverfahren. Dabei will ich ausdrücklich die sehr umfangreichen und transparenten Erläuterungen hervorheben. Ein besonderer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Finanzsteuerung, die sich nicht nur mit der Aufstellung des Haushaltsplans, sondern zeitgleich auch noch mit den Jahresabschlüssen befassen mussten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!